

Stand: 20.05.2024 15:17:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/7600

"Digitalisierungsschub durch Covid-19-Krise - Standortunabhängiges Arbeiten"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/7600 vom 27.04.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/8833 des WI vom 14.05.2020
3. Beschluss des Plenums 18/10527 vom 13.10.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 56 vom 13.10.2020



Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Ferdinand Mang, Uli Henkel, Dr. Ralph Müller** und **Fraktion (AfD)**

Digitalisierungsschub durch Covid-19-Krise – Standortunabhängiges Arbeiten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Potenzial der Digitalisierung zur langfristigen Schaffung dezentraler Arbeitsplätze zu nutzen und damit nachhaltig zur wirtschaftlichen Stärkung von Unternehmen, Kommunen und dem ländlichen Raum beizutragen.

Zur Ausschöpfung dieses Potenzials soll sie bei anfallendem Bedarf technischer Ausrüstung unterstützen, sowie auf arbeitsrechtliche und datenschutzrechtliche Lockerungen hinwirken. Ferner sollen die in der Krise gewonnenen digitalen Erkenntnisse und Maßnahmen von Arbeitnehmern und Unternehmen über die Krise hinaus gefördert werden.

Begründung:

Vor der COVID-19-Krise zögerten viele Unternehmen noch, standortunabhängiges Arbeiten einzuführen: 2014 erlaubten mindestens 22 Prozent der Unternehmen einzelnen Mitarbeitern, Homeoffices zu nutzen, verglichen mit 39 Prozent im Jahr 2018 (<https://bit-kom.org>, 2019). Dies änderte sich in der aktuellen Krise rapide.

Unternehmen haben großzügig und schnell in digitale Kommunikations- und Arbeitstechnologien investiert – mit positiven Folgen und langfristigen Chancen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die verstopften Straßen, die Luftbelastung und die effektive Arbeitszeit, weil ersichtlich wird, dass nicht jede Geschäftsreise und jedes Meeting nötig ist. Durch dezentrales Arbeiten mithilfe digitaler Mittel können Büros Platz sparen, wenn ihre Mitarbeiter – zum Teil oder in Rotation – von zu Hause oder unterwegs aus arbeiten.

Bei Arbeitnehmern ist eine positive Einstellung bezüglich der Arbeit im Homeoffice erkennbar. Das Bayerische Forschungsinstitut für Digitale Transformation fand bei einer Befragung von 1 600 Beschäftigten vom 27. bis zum 29. März 2020 heraus, dass bereits Ende März 43 Prozent der Befragten in Deutschland zumindest ab und zu im Homeoffice arbeiteten (vor der Krise waren es 25 Prozent). Derzeit arbeiten 39 Prozent der Befragten mehrmals pro Woche von zu Hause aus. Vor der Krise betrug dieser Anteil nur 23 Prozent (und das seltener). Die Zustimmung der Mitarbeiter ist sehr groß. Nur 19 Prozent sind mit dem Arbeiten im Homeoffice unzufrieden. Entscheidende Gründe, warum viele Beschäftigte bisher selten von zu Hause arbeiteten, waren die mangelnde technische Vorbereitung (ca. 70 Prozent) und Verbote der Organisationsführung (40 Prozent). Etwa Zwei Drittel hoffen nun, dass nach der Corona-Krise mehr Selbstorganisation möglich bleibt.

Der Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) e. V. hat zwischen dem 5. und dem 8. März 2020 tausend deutsche Angestellte (volljährige Bundesbürger) befragt, ob sie in gesundheitsgefährdenden Situationen gern von zu Hause aus arbeiten würden. Mehr als die Hälfte (58 Prozent) stimmte dem zu. Untermauert wird der Rückstand durch eine

Studie des Instituts für Arbeits- und Arbeitsmarktforschung in Nürnberg: Ihr zufolge bietet derzeit nur rund ein Viertel der Unternehmen in Deutschland die Möglichkeit des mobilen Arbeitens an. Oft erlaubt die Aktivität keine Heimarbeit, aber manchmal äußern sich auch Datenschutzbedenken oder fehlende vortechnische Anforderungen.

Um das Potenzial der Digitalisierung auszuschöpfen, müssen Unwegsamkeiten reduziert werden. Datenschutz ist nicht nur der am häufigsten genannte Grund für Schwierigkeiten bei der Digitalisierung – im zeitlichen Verlauf fühlen sich sogar immer mehr Unternehmen durch ihn behindert. Vor einem Jahr hatten erst 63 Prozent Datenschutz als Technologie-Hürde genannt, 2017 sogar nur 45 Prozent. Für die datengetriebene Wirtschaft ist eine in sich konsistente Datenpolitik erforderlich, die nicht alle Daten über einen Kamm schert. Es braucht eine neue Balance zwischen Schutz der Privatsphäre und der Nutzung von Daten.

Überdies muss auf die lange aufgeschobene Modernisierung des Arbeitsrechts hingewirkt werden. Hierbei sollte ein wöchentliches Arbeitszeitkonto eingeführt werden. Ebenso empfiehlt es sich, die 11-stündige Mindestruhezeit auszusetzen, die im Homeoffice ohnehin wenig sinnvoll ist. Gleiches gilt in Betrieben und Unternehmen, in denen die „entgrenzte Arbeitszeit“ („Arbeit 4.0“) bereits Realität ist, z. B. durch den umfangreichen Einsatz von Mobile Devices. Nach den derzeitigen gesetzlichen Regelungen ist auch in diesen Fällen noch die 11-stündige Ruhephase einzuhalten.

Um die Kommunen und ländlichen Räume zu schützen, bedarf es konkreter Regeln, damit durch mobiles Arbeiten keine Arbeitsplätze wegfallen und Arbeitnehmer nicht ausgenutzt werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Ferdinand Mang u.a. und Fraktion (AfD)
Drs. 18/7600

Digitalisierungsschub durch Covid-19-Krise - Standortunabhängiges Arbeiten

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Franz Bergmüller**
Mitberichterstatter: **Klaus Stöttner**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 24. Sitzung am 14. Mai 2020 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

Sandro Kirchner
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Ferdinand Mang, Uli Henkel, Dr. Ralph Müller** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/7600, 18/8833

Digitalisierungsschub durch Covid-19-Krise – Standortunabhängiges Arbeiten

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Gerd Mannes

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Klaus Stöttner

Abg. Benjamin Adjei

Abg. Manfred Eibl

Abg. Annette Karl

Abg. Martin Hagen

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 32** auf:

Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Ferdinand Mang u. a. und Fraktion (AfD)

**Digitalisierungsschub durch Covid-19-Krise - Standortunabhängiges Arbeiten
(Drs. 18/7600)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Der erste Redner ist der Abgeordnete Gerd Mannes von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Schon heute Mittag habe ich in meiner Rede zum Gesetzentwurf der FDP aufgezeigt, wie schlecht es seitens der Regierung um die Digitalisierung Bayerns bestellt ist. Wir meckern aber nicht nur, sondern wir bieten als AfD Lösungsvorschläge. Unser Antrag heute ist ein sehr guter Beitrag hierzu.

Wir fordern, dass dezentrale und mobile Arbeitsplätze endlich deutlich stärker unterstützt werden. "Homeoffice" darf für bayerische Betriebe kein Fremdwort sein. Deshalb müssen wir die richtigen strukturellen Rahmenbedingungen schaffen: Weg mit den unnötigen bürokratischen Hürden! Die Arbeitsmobilität ist ein wichtiger Aspekt der digitalen Transformation unserer Wirtschaft. Besonders wichtig dabei ist, dass das Homeoffice weder zum pauschalen Zwang für Unternehmen wird noch dass Arbeitnehmer in ausbeuterische Verhältnisse gedrängt werden.

Homeoffice schafft übrigens nicht nur einen enormen Mehrwert für die Unternehmer, sondern es bietet auch für unsere fleißigen Arbeitnehmer in Bayern viele Vorteile. Heutzutage sind oftmals beide Elternteile gezwungen, zu arbeiten. Aus diesem Grund

ist es das Mindeste, dass über den zügigen Ausbau von Homeoffice die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert wird.

Endlich nicht mehr jede Woche im Stau stehen! Welcher bayerische Pendler wünscht sich das nicht? – Zugleich entlastet es die Straßen in unseren Städten. Es macht unsere ländlichen Regionen attraktiver für flexible Arbeitnehmer und Start-ups. Mobiles Arbeiten macht das möglich.

Als AfD bewegen wir uns nicht nur in abstrakten Theorien, sondern unsere Anträge basieren auf den wirklichen Bedürfnissen unserer Bürger. Dass der Wunsch nach Homeoffice wächst, zeigen die Zahlen. Während der Corona-Krise stieg die Zahl der Unternehmen mit Homeoffice-Möglichkeiten von 22 % im Jahr 2014 auf über 60 % im August 2020. Laut einer Umfrage des ifo Instituts wollen die meisten Unternehmen das Homeoffice auch nach der Corona-Zeit weiter anbieten. Laut IHK sind aber für 40 % der heimischen Unternehmen die Voraussetzungen zum Homeoffice nicht ausreichend. Im Digitalisierungsindex der Telekom liegt Bayern hinter Berlin, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein.

Wir sehen also: Der Wunsch nach mehr Homeoffice ist bei Unternehmen wie Arbeitnehmern hoch. Nur: Die Söder-Regierung verschläft diese Entwicklung wieder einmal. Wenn auch Sie wollen, dass endlich mehr Unternehmen und Arbeitnehmer im ganzen Freistaat durch Homeoffice entlastet werden, dann stimmen Sie unserem Antrag bitte zu.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Klaus Stöttner von der CSU-Fraktion auf.

Klaus Stöttner (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident Wolfgang Heubisch, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrtes Hohes Haus! Die Rede meines Kollegen von der AfD hat sich angehört wie ein Plädoyer beim SPD-An-

trag im Bundestag für das Homeoffice-Gesetz. Das überrascht mich doch, da Sie sich immer als liberale Vertreter der Wirtschaft sehen.

(Zuruf)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, an einer im Juli 2020 veröffentlichten Sonderstudie der Bertelsmann Stiftung zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Arbeitswelt waren 211 Experten für Digitalisierung, Technologie und Künstliche Intelligenz beteiligt. Darin lassen sich zwei grundsätzliche Tendenzen erkennen:

Erstens. Corona beschleunigt die digitale Transformation der betrieblichen Arbeitswelt. 92 % der Experten gehen davon aus, dass die Krise die Digitalisierung und die Transformation im Unternehmen beschleunigen wird. 87 % der Befragten sagen, dass im Homeoffice meistens gleich viel, vielleicht sogar mehr gearbeitet wird.

Zweitens. Corona beschleunigt die Nachhaltigkeit einer digitalen Arbeitskultur nur in geringem Maß, da nach einer gewissen Zeit keine langfristige Wirkung entstehen wird. Lediglich 17 % der Befragten erwarten, dass die Menschen auch nach der Überwindung der Krise einem nachhaltigen Lebens- und Arbeitsstil folgen werden.

Diese Sonderstudie zu den Auswirkungen auf die Arbeitswelt nach der Corona-Pandemie sieht hier einen zentralen Hebel für ressourcenschonende, langfristige Maßnahmen, aber nur in Teilbereichen.

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte deutlich machen, dass der Antrag der AfD wieder eine Diskussion über ein Thema anfacht, das Bayern schon seit Langem angepackt hat. Die Chance der Digitalisierung für unser Land wird nicht nur diskutiert, sondern es wird auch gehandelt.

Zur Beschleunigung der digitalen Transformation hat der Freistaat deshalb in den vergangenen Jahren die Strategie BAYERN DIGITAL mit einem Volumen von 6 Milliarden Euro bis 2022 beschlossen. Außerdem hat Bayern als erstes Bundesland ein eigenes Digitalisierungsministerium gegründet.

Unsere frühere Wirtschaftsministerin Ilse Aigner hat damals mit "Bits & Pretzels" einen Digitalisierungszusammenschluss von Jungunternehmern geschaffen, bei dem zuletzt Barack Obama zu Gast war. Mit der Digitalisierungsstrategie ist zum Beispiel bei mir in der Stadt Rosenheim das digitale Gründerzentrum Stellwerk 18 entstanden. Damit ist wirklich ein Impuls in die Region; in den ländlichen Raum gegangen.

Die Staatsregierung veranstaltet jedes Jahr einen Digitalisierungsgipfel unter der Leitung unseres Wirtschaftsministers und zweimal im Jahr ein Digitalkabinett aller betroffenen Regionen.

(Zuruf)

Das alles und vieles mehr zeigt, dass Bayern sich mit dem Thema Digitalisierung an die Spitze des ganzen Landes stellt. Die Digitalisierung im Dienste der Menschen in allen Teilen unseres Landes ist nicht nur ein Wort, sondern wird auch wirklich im ländlichen Raum umgesetzt. Wir werden besonders für das Handwerk anhand des Digitalisierungsbonus deutlich machen, dass es wichtig ist, das Handwerk hier nicht zu vergessen.

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, die AfD versucht sich mit diesem Antrag als Trittbrettfahrer; denn sie fordert die Staatsregierung auf, das Potenzial der Digitalisierung zur langfristigen Schaffung dezentraler Arbeitsplätze zu nutzen und so zur wirtschaftlichen Stärkung von Unternehmen, Kommunen und dem ländlichen Raum beizutragen. Dazu soll der Freistaat bei anfallendem Bedarf die technische Aufrüstung unterstützen, auf arbeits- und datenschutzrechtliche Lockerungen hinwirken sowie die in der Krise gewonnenen digitalen Erkenntnisse und Maßnahmen von Arbeitnehmern und Unternehmen über die Krise hinaus fördern.

Dabei übersieht die AfD aber leider, dass wir in Bayern bereits weitreichende Maßnahmen ergriffen haben, um das Potenzial der Digitalisierung zur Schaffung dezentraler Arbeitsplätze zu nutzen. Ich habe die 6 Milliarden Euro zur Beschleunigung der Digitalisierung in Bayern schon erwähnt. Wir haben den Ausbau der Breitbandversorgung

federführend vorangetrieben, um die Arbeitsplätze gerade in den gewerblichen ländlichen Räumen zu nutzen.

Der Freistaat tritt auch für die dauerhafte Flexibilisierung des Arbeitsrechts ein, und zwar schlicht und einfach deswegen, weil die digitale Arbeitswelt ohne diese Flexibilisierung nicht funktioniert. Pauschale gesetzliche Regelungen, insbesondere ein Anspruch auf Homeoffice-Tage, tragen allerdings den unterschiedlichen betrieblichen Erfordernissen nicht Rechnung und werden daher von uns abgelehnt. Hier lautet das Zauberwort – wie in so vielen Bereichen – nicht "pauschal", sondern "flexibel, intelligent und nachhaltig".

Auch die pauschale Forderung der AfD datenschutzrechtlicher Lockerung lehnen wir ab. Der Datenschutz dient vor allem der Datensicherheit; denn Daten sind, wie ich schon in meiner ersten Rede heute sagen wollte,

(Heiterkeit)

das Gold des 21. Jahrhunderts. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten deshalb von uns zu Recht, dass ihre Daten geschützt werden.

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, das alles zeigt, dass uns der Antrag der AfD mit seiner pauschalen Forderung nicht weiterhilft. Wir lehnen ihn daher von Herzen ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, bleiben Sie bitte am Rednerpult – und beim Zurückgehen nicht vergessen, die Maske aufzusetzen. – Für eine Zwischenbemerkung: Herr Mannes.

Gerd Mannes (AfD): Herr Kollege Stöttner, ich weiß nicht, ob Sie den Antrag gelesen haben. Es ist falsch, was Sie sagen. Wir wollen nicht – und das steht auch nicht drin – in irgendeiner Art und Weise für den gesetzlichen Anspruch eines Arbeitnehmers plä-

dieren, wie es die SPD wollte. Nein, es geht darum, dass der Staat das tun soll, was er tun kann: Rahmenbedingungen schaffen.

Einerseits geht es natürlich um den Netzausbau. Wenn man sich die Studie der IHK anschaut, stellt man fest: 40 % der heimischen Unternehmen haben schlechte oder nicht ausreichende Voraussetzungen, um Homeoffice zu machen, Punkt eins. Das heißt, da sind Sie mit dem Ausbau der Infrastruktur hinten dran. Schneller machen!

Punkt zwei: Es geht um die gesetzlichen Regelungen und um die veralteten Arbeitsstättenverordnungen, die teilweise problematisch sind. In dem Zusammenhang muss man sich natürlich fragen, –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Mannes, kommen Sie bitte zum Ende.

Gerd Mannes (AfD): – ob Arbeitsstättenverordnungen von vor fünfzig Jahren noch zeitgemäß sind. Darauf möchte ich jetzt eine Antwort.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, bitte.

Klaus Stöttner (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege Mannes, Sie sollten Ihre eigene Rede gehört haben. Sie haben mit Leidenschaft für eine rechtliche Regelung für das Homeoffice gekämpft und geredet. Ich habe gedacht: Sitzt er am verkehrten Eck? Gehört er eigentlich zu den netten Kollegen von der SPD?

Ich meine, dass wir in Bayern ganz klar Rahmenbedingungen schaffen, damit jeder eigenständig als Unternehmer oder als Mitarbeiter zu Hause arbeiten kann. Dafür macht Bayern enorm viel. Die Ausbaustrategie Bayerns ist beispielhaft, auch wenn man die eine oder andere Lücke hat. Wir sind ein Flächenstaat und schaffen im Verhältnis zu anderen wirklich Enormes. Reden Sie nicht alles schlecht! Wir sind auf einem guten Weg. Es gibt noch viel zu tun.

Ihr Antrag ist ein Trittbrettfahrerantrag und hilft uns sicherlich nicht weiter.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte die Maske aufsetzen, Herr Kollege!

(Zuruf: 250 Euro! – Heiterkeit)

Nächster Redner ist der Abgeordnete Benjamin Adjei, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Pandemie hat vieles verändert, und auch in den Unternehmen hat sich einiges geändert. Was im Vorfeld noch häufig nicht oder für viele Chefs undenkbar war, die Mitarbeitenden ins Homeoffice zu schicken, ist plötzlich gang und gäbe. Ich habe im Nachgang des großen Lockdown mit vielen Unternehmerinnen und Unternehmern gesprochen und erfahren, dass sich vieles verändert hat. Viele haben jetzt plötzlich doch Vertrauen, dass es läuft, dass man mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Homeoffice- und Mobile-Office-Möglichkeiten schaffen kann. Das finde ich gut so. Ich finde es gut, wenn man sich das gemeinsam mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern überlegt.

Ich finde nicht gut, was Sie fordern, man soll den Arbeitnehmer*innenschutz absenken und den Mitarbeitenden nicht mehr die Möglichkeit geben, frei zu entscheiden, ob sie im Homeoffice arbeiten wollen. Ich weiß nicht, was Sie da alles an Arbeitsschutzregeln absenken wollen; aber das nicht kooperativ zu machen, sondern am Ende gegen den Willen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, finde ich nicht gut; denn eines ist klar: Arbeit im Homeoffice kann sehr gut sein, das muss aber freiwillig bleiben und darf nicht zu grenzenloser Arbeit führen.

Der zweite Punkt, den Sie ansprechen, ist der Datenschutz, den Sie absenken wollen. Ich weiß, manchmal kann Datenschutz ziemlich nervig sein, vor allem dann, wenn man wenig Ahnung davon hat. Aber Unternehmen, die wirklich mal Probleme hatten, weil wegen schludrigen Umgangs vertrauliche Daten nicht mehr geschützt waren, in

fremde Hände geraten sind, Geschäftsgeheimnisse und Ähnliches, wissen, wie wichtig Datenschutz und IT-Sicherheit sind. Hier geht es darum, nicht die Schwellen abzusenken, sondern eher die Unternehmen zu beraten und zu schauen, wie man einen sinnvollen Umgang mit Daten in den Unternehmen schafft, die teilweise mit diesen Herausforderungen überfordert sind. Wie schafft man es, einen guten Umgang zu forcieren und zu unterstützen? Das sollte Aufgabe des Staates sein, nicht aber, die Arbeitnehmer*innenrechte und die Datenschutz- und IT-Sicherheitsbestimmungen abzusenken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Manfred Eibl, FREIE WÄHLER-Fraktion, auf.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit Bayerns wird in ihrer ganzen Komplexität der Bereiche mit davon abhängen, wie wir die Chancen, die uns durch die Digitalisierung gegeben sind, nutzen werden. Seitens der Staatsregierung mit all ihren Ministerien – das ist breit gefächert und überall verankert –, vor allem im Wirtschaftsministerium nutzen wir natürlich die gegebenen Chancen, vorhandene Arbeitsplätze so weit wie möglich zu sichern und neue nachhaltig zu schaffen, damit wir Wohlstand und Lebensqualität hier in Bayern erhalten können.

Wir alle wissen, dass von der Bayerischen Staatsregierung eine Vielzahl von Programmen aufgelegt wurde – ich brauche sie nicht im Einzelnen zu nennen –, das Ganze in enger Abstimmung – das sage ich ganz deutlich – mit Forschung, Wissenschaft, Politik und Wirtschaft und immer mit dem Antrieb, die Spitzentechnologien in Bayern zu erhalten und weiter anzutreiben.

Im September 2020 – ganz neu – wurde bei der Technologieoffensive mit der Hightech Agenda Plus ein weiterer Schwerpunkt für die Entwicklung der Digitalisierung gelegt. Damit werden wir in der Umsetzung wesentlich schneller vorankommen.

Ich fasse zusammen: Alle Maßnahmen basieren auf einem abgestimmten Strategiekonzept mit der Ausrichtung, unser Bayern in eine erfolgreiche Zukunft zu führen.

Die Staatsregierung setzt sich seit geraumer Zeit auch für eine Anpassung bzw. Erleichterung im Rahmen der Datenschutz-Grundverordnung ein. Hier sage ich dem Entbürokratisierungsbeauftragten Walter Nussel ganz besonderen Dank, der in den Abstimmungen mit den Ministerien hier schon sehr erfolgreich tätig gewesen ist.

Sie sehen, die Staatsregierung mit allen, die hier involviert sind, tut vieles, um die an uns gestellten Herausforderungen zu meistern und dafür Sorge zu tragen, dass Bayern auch in Zukunft den Spitzenplatz nicht nur in Deutschland, sondern in Europa einnimmt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächste Rednerin: Annette Karl, SPD-Fraktion. – Pardon! Ich habe Sie nicht gesehen, Herr Mannes. – Alles klar. Danke. – Frau Karl, bitte.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Bayern und der Bund, vor allem mit Hubertus Heil, sind schon intensiv damit beschäftigt, Digitalisierung und Arbeit miteinander zu verbinden, vor allen Dingen zum Benefit der Unternehmen, aber auch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dafür, meine Herren von der AfD, braucht es Ihren Antrag wirklich nicht. Der Gesetzentwurf von Minister Hubertus Heil ist ein sehr gutes Beispiel für unsere Initiativen.

Eines sei Ihnen noch ins Stammbuch geschrieben: Es geht gerade nicht darum, Arbeitsschutz und Datenschutz aufzuweichen bzw. zu lockern. Es verwundert mich schon, dass Sie sich hier auf der einen Seite zum Beschützer der Arbeiter aufschwingen und auf der anderen Seite deren Arbeitsbedingungen massiv verschlechtern wollen. Ziel ist es, Arbeitsschutz und Datenschutz in die digitale Welt zu transformieren, ohne den Schutzstandard abzusenken.

Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Kollegin Karl, bitte am Mikrofon bleiben. – Eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Gerd Mannes.

Gerd Mannes (AfD): Wir wollen mitnichten die Arbeitnehmer benachteiligen; das habe ich in meiner Rede ausdrücklich gesagt. Wir streben weder pauschalen Zwang noch ausbeuterische Verhältnisse an. Es geht einfach um die Arbeitsstättenrichtlinie, die aus meiner persönlichen Sicht und aus meiner Erfahrung, die ich ja habe, für Homeoffice vielleicht nicht mehr ganz zeitgemäß ist. Das sollte man anerkennen.

Unser Antrag ist übrigens nicht gegen die Arbeitnehmer gerichtet, sondern er ist im Sinne der Arbeitnehmer. Um nur ein Beispiel zu nennen: Was die Zeiten betrifft – zehn Stunden, Pausen –, so ist es in der Projektarbeit manchmal erforderlich, für hochqualifizierte Leute eine andere Regelung zu treffen, und zwar nicht gegen, sondern für die Arbeitnehmer! Ich bitte Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Arbeitsstättenrichtlinie – so, wie ich es sehe – für Homeoffice im 21. Jahrhundert nicht mehr geeignet ist.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Karl, bitte.

Annette Karl (SPD): Herr Abgeordneter, ich kann nur von dem ausgehen, was in Ihrem Antrag steht. Darin heißt es, dass Sie das Arbeitsrecht lockern wollen. Was Sie noch hineininterpretieren, ist Ihre Sache. Ich habe auf den Text Ihres Antrags geantwortet und Ihnen unsere Meinung dazu klar gesagt. Wenn Sie konkrete Dinge ansprechen wollen, dann schreiben Sie dazu einen neuen Antrag, und dann diskutieren wir wieder.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Von der FDP-Fraktion rufe ich Herrn Abgeordneten Martin Hagen auf.

Martin Hagen (FDP): Lieber Klaus Stöttner, ich hatte mich so gefreut: Heute Nachmittag, in der Debatte zum Entwurf eines neuen E-Government-Gesetzes, hätten wir beide Gelegenheit gehabt zu zeigen, was der Stimmkreis Rosenheim-Ost digitalisierungspolitisch zu bieten hat. Und dann verpassen wir unser Rendezvous hier am Rednerpult, obwohl du dich dafür extra so schön herausgeputzt hast. Es wäre mir wirklich eine Freude gewesen!

(Heiterkeit)

Umso schöner, dass wir jetzt die Chance haben, mit der Debatte über einen digitalisierungspolitischen Antrag diese Scharte auszuwetzen und das Ganze nachzuholen. – Dachte ich mir! Dann habe ich gelesen, was in diesem digitalisierungspolitischen Antrag eigentlich drinsteht. Leider überhaupt nichts!

"Digitalisierungsschub durch Covid-19-Krise – Standortunabhängiges Arbeiten" – die Überschrift klingt gut und ist vielversprechend. Weiter heißt es:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Potenzial der Digitalisierung zur langfristigen Schaffung dezentraler Arbeitsplätze zu nutzen und damit nachhaltig zur wirtschaftlichen Stärkung von Unternehmen, Kommunen und dem ländlichen Raum beizutragen.

Also: Potenziale nutzen, zur Stärkung beitragen – alles nicht falsch. Aber das klingt wie ein Satz, nach dem man hofft: Jetzt kommt es, jetzt kommen die konkreten Forderungen.

Dann liest man im zweiten Absatz:

Zur Ausschöpfung dieses Potenzials soll sie bei anfallendem Bedarf technischer Aufrüstung unterstützen –

Wollen Sie von staatlicher Seite Laptops für die Unternehmen kaufen? Man weiß es nicht.

Der Satz geht weiter:

– sowie auf arbeitsrechtliche und datenschutzrechtliche Lockerungen hinwirken.

An dieser Stelle hätten Sie hinschreiben können, welche arbeits- und datenschutzrechtlichen Regelungen Sie lockern wollen.

Der nächste Satz:

Ferner sollen die in der Krise gewonnenen digitalen Erkenntnisse und Maßnahmen von Arbeitnehmern und Unternehmen über die Krise hinaus gefördert werden.

Sie wollen die Erkenntnisse fördern? – Ganz ehrlich, Sie stellen hier im Bayerischen Landtag einen Antrag, in dem nicht eine konkrete Forderung steht. Wir lesen nur Prosa, nur Blabla. Wenn ein 16-Jähriger auf dem Kreisparteitag der Jungen Liberalen Hintertupfingen einen solchen Antrag gestellt hätte, hätte man ihn wegen grober Substanzlosigkeit des Antrags weggeschickt. Aber Sie als Abgeordneter sitzen hier, stellen einen solchen Antrag und schämen sich noch nicht einmal dafür?

In dem Antrag steht nichts Falsches; verstehen Sie mich nicht falsch. Wenn ein Antrag aber so substanzlos ist und nicht eine konkrete Forderung enthält, dann können wir nicht anders, als ihn abzulehnen.

Ich hätte lieber eine schönere Debatte mit dir gehabt, Klaus. Nächstes Mal vielleicht!

(Beifall bei der FDP – Heiterkeit bei der FDP und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Damit sind wir am Ende der Aussprache angelangt. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen nun zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die gesamte AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Die übrigen Fraktionen und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.